

Zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück: Klimaschutzpolitik in den USA und Kanada

Matthew Paterson¹

- Die Wahl von Barack Obama hat hinsichtlich der Chancen für eine weitreichende internationale Antwort auf den Klimawandel neue Hoffnungen geweckt. Schneller als erwartet stellte Obama ein anerkanntes Team zusammen und unterstützte die Bemühungen im US-Kongress, eine Gesetzgebung zur Senkung der CO₂-Emissionen unter Dach und Fach zu bringen. Der neue US-Präsident hat ferner bewiesen, dass es möglich ist, Klimaschutz in andere Bereiche der Politik zu integrieren, wie man an Teilen des amerikanischen Konjunkturpakets sehen konnte.
- Die Fortschritte bei der Verabschiedung der Klimagesetzgebung im US-Kongress gehen hingegen langsamer vonstatten, als sich so mancher erhoffte. Das Abgeordnetenhaus verabschiedete einen Gesetzentwurf im Juni 2009, eine Version davon wurde dem Senat vorgelegt. Die Fortschritte lassen allerdings auf sich warten und dem US-Kongress ist es nicht gelungen, rechtzeitig vor dem Klimagipfel in Kopenhagen ein unterschriftsreifes Gesetz zu verabschieden.
- Wenn ein Klimagesetz verabschiedet wird und in Kraft tritt, wird es in vieler Hinsicht mit der Politik anderer Länder vereinbar sein. Der Entwurf enthält eine mit dem Emissionshandelssystem der EU und den Kyoto-Mechanismen vergleichbare *Cap-and-Trade*-Regelung. Die kurzfristigen Ziele für die Wirtschaft insgesamt sehen im Vergleich zu denen der EU und anderer Länder hingegen relativ schwach aus. Auch wird es einige Streitpunkte geben, insbesondere bei den Grenzsteueranpassungen.
- In Kanada ist es bislang mehreren Bundesregierungen nicht gelungen, kohärente Politiken zur Begrenzung der Kohlenstoffemissionen des Landes zu entwickeln. Die derzeitige Regierung scheint daran kaum etwas zu ändern. Kanada ist stark von den USA abhängig, und die Entwicklung einer Klimaschutzpolitik richtet sich entsprechend nach dem Nachbarland.
- In beiden Ländern gibt es immer mehr und weiter reichende Formen von Initiativen unterhalb der Bundesebene. Eine große Zahl von Bundesstaaten in den USA und Provinzen in Kanada haben sich bereits Strategien zur Treibhausgassenkung verschrieben. Einige von ihnen haben Kohlendioxidsteuern und ein System des Emissionshandels eingeführt. Es ist zu erwarten, dass sich dieser Trend fortsetzt und in der politischen Debatte beider Länder eine wachsende Rolle spielen wird.

Klimaschutz in den USA und Kanada

Den USA und Kanada fällt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Treibhausgasemissionen sehr viel schwerer als vielen europäischen Ländern. Ihre Emissionen sind seit 1990 drastisch gestiegen. 2001 stiegen die USA aus dem Prozess des Kyoto-Protokolls aus. Kanada ratifizierte zwar das Kyoto-Protokoll, war aber nicht dazu in der Lage, Gesetzesinitiativen zu entwickeln, um die Emissionen zu dem vom Protokoll geforderten Grad zu senken. Beide Länder verdanken ihre starke Wirtschaftsentwicklung ihren umfangreichen und daher billigen Rohstoffvorkommen, vor allem im Bereich der fossilen Brennstoffe. Entsprechend gibt es in beiden Ländern mächtige Unternehmen im Energiesektor sowie andere Industriezweige mit hohem Energieverbrauch. Der Ressourcenreichtum hat auch dazu geführt, dass die städtische Dichte im Vergleich zu anderen Ländern immer noch sehr gering ist, mit anderen Worten, die Menschen sind stark vom eigenen Auto abhängig. Entsprechend liegt der Anteil der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen deutlich höher als in anderen Ländern. Politiker und Industrie können sich daher eine radikale Senkung der Emissionen oft nur schwer vorstellen, da diese einen tiefen Einschnitt in den betroffenen Industriezweigen und eine grundlegende Neugestaltung der städtischen Entwicklung erfordern würde.

The knight in shining armor ...

Als die Amtszeit von George W. Bush endete, atmeten viele klimaschutzorientierte Menschen in und außerhalb der USA erleichtert auf. Während der US-Wahlkampagne hatten Barack Obama und John McCain ihre Absicht bekundet, den US-amerikanischen Beitrag zum Klimaschutz zu verbessern und wirksamer mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten. Obamas Wahlsieg stärkte die Demokraten im US-Kongress, und es schien, dass sich damit auch deren Fähigkeit verbessern würde, Klimaschutzgesetze durchzusetzen. Anfang 2009 waren viele Kommentatoren zuversichtlich, dass die Gesetzgebung rechtzeitig bis zum 15. Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 verabschiedet

wäre und es zu einem Abkommen mit den USA käme, das das Kyoto-Protokoll ersetzen würde.

Dass soviel Zuversicht herrschte, lag zum einen an der Geschwindigkeit, mit der Barack Obama sein Umweltteam zusammengestellt hatte. Desse Mitglieder genießen in Sachen Klimaschutz einen ausgezeichneten Ruf, wie beispielsweise Todd Stern und Jonathan Pershing. Zum anderen wurde der Optimismus dadurch befördert, dass das im Februar 2009 verabschiedete Konjunkturpaket auch „grüne“ Maßnahmen vorsah, wie beispielsweise die Förderung von Investitionen in erneuerbare Energieträger und öffentliche Verkehrsmittel. Auch die zunächst zügig voranschreitende Verabschiedung von Gesetzen im US-Kongress bot Anlass für Hoffnung. Das US-amerikanische Gesetz für saubere Energie und Klimaschutz, bekannter unter dem Namen seiner Sponsoren *Waxman-Markey-Gesetz*, hatte bereits früher entwickelte Vorschläge zur Grundlage und wurde am 26. Juni 2009 vom US-Abgeordnetenhaus verabschiedet.

Seitdem allerdings hat sich der Gesetzgebungsprozess deutlich verlangsamt. Der US-amerikanische Präsident versucht derzeit, eine umfassende Gesundheitsreform durch den Kongress zu bringen, die in vielen Punkten weiter umstritten ist. Industrie-Lobbyisten und Senatoren haben aus ideologischen Vorbehalten oder Angst um ihre Wähler in der Zwischenzeit der Klimagesetzgebung in unerwartetem Umfang Steine in den Weg gelegt. Einige Senatoren, darunter James Inhofe (Republikaner-Oklahoma) und David Vitter (Republikaner-Louisiana), haben angekündigt, den Gesetzentwurf im Senat zum Scheitern zu bringen. Mit einer Vielzahl von Taktiken haben sie den Prozess ins Stocken gebracht, unter anderem einfach dadurch, dass sie nicht zu den Ausschuss-Sitzungen erschienen und dadurch keine Beschlussfähigkeit zustande kam.

Was den *Waxman-Markey-Gesetzentwurf* im Senat angeht, so geben Großkonzerne gewaltige Summen für ihre Lobbys aus und bezahlen auch bestimmte Senatoren dafür, dass diese sich dem Gesetzentwurf widersetzen. Allein *Exxon Mobil* hat im dritten Quartal 2009 7,2 Millionen US-

Dollar (€4,84 Millionen) in derartige Strategien investiert.² Die Senatoren John Kerry (Demokrat-Massachusetts) und Barbara Boxer (Demokratin-Kalifornien) haben Ende September 2009 einen Gesetzentwurf mit dem Namen „Gesetz für Jobs im Bereich erneuerbarer Energieträger und US-amerikanischer Strom“ (*Clean Energy Jobs and American Power Act*) ausgearbeitet, zu dem derzeit Fragestunden laufen. Die meisten Kommentatoren sind jedoch mittlerweile der Meinung, dass es unrealistisch ist davon auszugehen, dass noch vor Jahresende ein Gesetz verabschiedet wird. Vor dem Klimagipfel von Kopenhagen ist es nicht gelungen, einen endgültigen Entwurf vorzulegen, der dann noch vom Senat verabschiedet werden müsste. Realistisch gesehen wird die US-amerikanische Gesetzgebung deshalb wohl erst im April 2010 auf Obamas Schreibtisch landen.³

Wenigstens enthält der US-Gesetzentwurf eine Reihe von Merkmalen, die im Großen und Ganzen mit den Gesetzen anderer Länder vereinbar sein werden. Die Ziele sind zwar kurzfristig deutlich weniger ehrgeizig als beispielsweise in der EU, aber langfristig gesehen im Wesentlichen ähnlich. Beide Gesetzesvorschläge haben sich bis 2050 eine Reduzierung des Treibhausgasausstoßes um 83% vorgenommen, bis 2030 um 42% gegenüber dem Stand von 2005. Der Gesetzesvorschlag *Waxman-Markey* fordert bis 2020 eine Kürzung um 17%, der Vorschlag *Kerry-Boxer* um 20%. Vor dem Hintergrund des Emissionsanstiegs in den USA seit 1990 würde das eine Emissionstabilisierung bis 2020 bedeuten. Im Mittelpunkt beider Gesetzesvorschläge steht ein Emissionshandelssystem (*Cap-and-Trade-System*) auf Bundesebene, das im Wesentlichen dem Emissionshandelssystem der EU ähnelt. Beide Vorschläge sehen ferner vor, den US-amerikanischen *Cap-and-Trade*-Markt an die internationalen Kohlendioxid-Offset-Märkte zu koppeln – auf eine ähnliche Art und Weise, wie das EU-Handelsystem mit Emissionszertifikaten an den Mechanismus für umweltverträgliche Mechanismen (*Clean Development Mechanism/CDM*) gebunden ist. Beide Gesetzentwürfe sehen jedoch darüber hinaus eine Preisgrenze auf dem Kohlenstoffmarkt vor, der im Falle des Vor-

schlags *Kerry-Boxer* im Jahr 2012 bei 28-US-Dollar (ca. € 19) pro Tonne liegt und danach steigen wird. Der Preisunterschied gegenüber dem EU-System könnte aber zu einigen Kompatibilitätsproblemen führen.

... and his rusty cousin?

In Kanada steht es um die Klimaschutzpolitik weitaus schlechter. Der Treibhausgasausstoß des Landes stieg zwischen 1990 und 2007 um 26%, der höchste Anstieg in einem OECD-Land.⁴ Die kanadische Wirtschaft floriert, allerdings zunehmend aufgrund der Ölsandvorkommen in *Alberta*. Die dortige Form der Rohölgewinnung ist ungewöhnlich emissionsintensiv, wobei für 1,3 Barrel produzierten Öls ein Barrel Öl verbraucht wird. Die Ölindustrie und viele mit ihr verbundene Industriezweige sind für die kanadische Wirtschaft besonders wichtig. Sie haben sich daher bislang hartnäckig gegen Politiken zur Emissionssenkung oder Begrenzung in ihrer Rohstoffförderung gestraubt. Da die Verwaltungsstruktur Kanadas dezentralisiert ist, hat die Tatsache, dass sich die meisten dieser Rohstoffe in einer einzigen Provinz, *Alberta*, befinden, dazu geführt, dass diese jegliche Initiativen auf Bundesebene blockieren konnte.

Verschiedene kanadische Regierungen haben zwar im Laufe der Zeit mehrfach Pläne zum Klimaschutz vorgestellt, aber nie kam es zu einer umfassenden Gesetzgebung mit klaren Zielen, einer klaren Haushaltspolitik oder wirksamen regulatorischen Maßnahmen. Bis 2006 gab die regierende Liberale Partei vielversprechende Absichtserklärungen ab und ratifizierte auch das Kyoto-Protokoll, war aber weder bereit, noch in der Lage, eine starke Gesetzgebung zu entwickeln.

2006 kam Stephen Harpers konservative Partei an die Macht, wenn auch mit einer Minderheitsregierung. Die Rhetorik der Regierung verstärkte noch den ohnehin wenig ambitionösen Ton in Sachen Klimaschutz. Harper machte die kanadische Klimaschutzpolitik explizit von der Klimapolitik der USA unter George W. Bush und Kanadas Interessen als führendem öl-exportierendem Land abhängig. Seine Politiken

lehnten sich direkt an die von George W. Bush an, wobei der Schwerpunkt auf so genannten „Intensivitätszielsetzungen“, d.h. dem Abbau von Emissionen pro Einheit des BIPs anstelle einer absoluten Emissionsenkung sowie technologischen Partnerschaften lag. Harper schloss sich der „Asiatisch-Pazifischen Klima- und Energie-Partnerschaft“ an, die Bush als „Alternative“ zum Kyoto-Protokoll ins Leben gerufen hatte. Zudem erklärte er öffentlich, Kanada ziele nicht auf eine Einhaltung der Kyoto-Emissionsziele ab und bevorzuge eine Antwort „made in Canada“. Da die kanadischen Emissionen rapide stiegen und es keine Initiativen gab, die sie regelten, stellte sich bald heraus, dass die einzige Möglichkeit für Kanada, seinen Verpflichtungen nachzukommen, darin bestand, große Mengen „Emissionskredite“ aus dem CDM zu erwerben oder einfach Emissionszertifikate (*Assigned Amount Units*) von Ländern wie Russland oder der Ukraine zu kaufen. Harper sträubte sich gegen die Zahlungen für „heiße Luft“, da die russischen und ukrainischen Emissionen nur infolge des Zusammenbruchs der Wirtschaft Anfang der neunziger Jahre zurückgegangen seien – daher auch seine Rhetorik einer Lösung „made in Canada“.

Die kanadische Regierung verabschiedete allerdings 2006 das „Gesetz für saubere Luft“ (*Clean Air Act*), das die Grundlagen für die Regulierung von Treibhausgasemissionen schuf. Das Gesetz war Gegenstand des im April 2007 ausgearbeiteten Aktionsplans der Regierung mit dem Titel „*Turning the Corner*“. Darin wurde als langfristiges Ziel bis 2050 eine Emissionsenkung um 60-70% auf der Basis von 2006 festgelegt. Ferner setzte der Plan als kurzfristiges Ziel bis zum Jahr 2020 eine 20%ige Senkung gegenüber 2006 fest – was in Anbetracht des Emissionsanstiegs in Kanada seit 1990 immer noch einen Zuwachs darstellt.

Kernstück der Gesetzgebung ist das Kohlendioxidmarkt-System. Dieses System sollte im Januar 2010 in Kraft treten, allerdings kündigte die Regierung im Oktober 2009 eine Verzögerung in der Umsetzung an. Das System basiert auf einem bereits 2007 in der Provinz

Alberta eingeführten Marktmechanismus. Im Gegensatz zu Kohlendioxidmärkten in anderen Teilen der Welt handelt es sich dabei weder um ein Emissionshandelsystem im engen Sinne, noch um einen Kohlendioxid-Offset-Markt. Die von dem System betroffenen Firmen müssen ihren Kohlendioxidausstoß bis 2010 pro Produktionseinheit gegenüber dem Stand von 2006 um 18% verringern, und dann ab 2010 ihre Effizienz weiterhin um 2% pro Jahr erhöhen.⁵ Kritiker haben darauf hingewiesen, dass diese Effizienzverbesserung kaum höher liegt, als wenn die Firmen einfach so weiter machen würden wie bisher und dass letztere daher kaum etwas an ihrer Produktionsweise ändern müssten, um die Vorgaben zu erfüllen.

Firmen können ihren Verpflichtungen entweder direkt nachkommen oder Extra-Quoten von Unternehmen aufkaufen, die ihr 18%-Ziel übertreffen. Sie können auch in inländische Offset-Projekte (d.h. innerhalb Kanadas) investieren oder einen Beitrag in einen Technologiefond zahlen (zu einem Preis von nur 15 kanadischen Dollar pro Tonne, was ca. € 9 entspricht). Das Geld dieses Fonds wird dann meistens an die Firmen neu verteilt, um Forschung und Entwicklung in neue Technologien wie CCS zu finanzieren. In dem bereits bestehenden System in Alberta erfüllen die Unternehmen zu 75% ihre Verpflichtung dadurch, dass sie in den Technologiefond einzahlen, mit anderen Worten, das System kommt in Wirklichkeit eher einer niedrigen Kohlendioxidsteuer als einem wirklichen CO₂-Markt gleich. Aus internationaler Sicht ist entscheidend, dass der Markt nicht mit anderen Märkten zu vereinbaren ist, da er nicht die eindeutige Maßeinheit des in Tonnen gemessenen Kohlendioxid-Äquivalents (CO₂e) zur Grundlage hat. 2008 wurde an der Börse von Montreal ein Markt für Termingeschäfte geschaffen, aber der Handel an der Börse ist schleppend und die Kurse sind niedrig, was davon zeugt, dass sich kaum jemand viel von der Zukunft des CO₂-Markts verspricht.

Kanadas Abhängigkeit von den USA

Einer der Gründe für die Tatenlosigkeit Kanadas ist die große Abhängigkeit des Landes von den

USA, eine Beziehung, die der kanadische Premierminister Pierre Trudeau einst als "mit dem Elefanten ins Bett gehen" bezeichnete. 2007 gingen 76% der kanadischen Exporte in die USA und 65% der kanadischen Importe kamen aus den USA. Die Regulierung vieler Bereiche der kanadischen Wirtschaft richtet sich entsprechend nach der Vorgehensweise im Nachbarland. Umweltregulierung ist dafür ein gutes Beispiel, vor allem, wenn es um Bereiche wie die Automobilbranche geht, da in diesem Sektor der Markt weitgehend integriert ist. Kanada ist in dieser Hinsicht klar ein „Politik-Empfänger“. So wollten liberale Regierungen wie die unter Jean Chrétien und Paul Martin handeln, durch die Beziehung zu den USA waren ihnen jedoch die Hände gebunden, vor allem, nachdem George W. Bush die USA aus dem Kyoto-Protokoll zurückzog.

Diese Abhängigkeit könnte Kanada allerdings derzeit auch zum Vorteil gereichen. Wie gesagt, sind die politischen Entwicklungen in Kanada eng an diejenigen in den USA angelehnt, und die kanadische Regierung hat bereits mit den US-amerikanischen Verantwortlichen Gespräche über die Möglichkeit eines nordamerikanischen *Cap-and-Trade*-Systems aufgenommen. Es ist allerdings nicht klar, inwieweit sich die Regierung bewusst ist, dass dies eine tiefgreifende Neugestaltung des derzeitigen kanadischen Systems bedeutet, insbesondere, was die Aufgabe der Intensitätsziele angeht. Trotzdem kann man in der derzeitigen Lage davon ausgehen, dass der Einfluss der US-amerikanischen auf die kanadische Politik im Endeffekt eine positive Entwicklung mit sich bringen wird.

Initiativen jenseits der Bundesebene

Im Vergleich zu den meisten anderen Ländern, die bereits über ambitionöse klimapolitische Maßnahmen verfügen, haben die USA und Kanada extrem dezentralisierte politische Systeme. Die US-amerikanischen Bundesstaaten und kanadischen Provinzen genießen einen hohen Grad an Autonomie, und viele von ihnen haben diese genutzt, um Klimaschutzinitiativen

zu entwickeln, die weitaus ehrgeiziger als die ihrer Bundesregierungen sind.

In den USA war es gerade der Rückzug der Regierung Bush aus dem Kyoto-Protokoll, der diese Entwicklung ins Rollen gebracht hat.⁶ Bundesstaaten wie Massachusetts und Kalifornien empfanden die Klimapolitik der Bundesregierung als unzureichend und entwickelten ihre eigenen Programme. Bundesstaaten und Provinzen arbeiten jetzt grenzüberschreitend zusammen und entwickeln untereinander ihre eigenen CO₂-Märkte.

Der erste dieser Märkte, bekannt unter dem Namen „Regionale Treibhausgasinitiative“ (*Regional Greenhouse Gas Initiative RGGI*, ausgesprochen: „reggie“) veranstaltete im September 2008 eine erste Auktion für CO₂-Emissionsrechte. Mitglieder der Auktionen sind 10 Bundesstaaten im Nordosten der USA (sowie zwei weitere und drei kanadische Provinzen mit Beobachterstatus), die ein Abkommen zum Abbau von Emissionen und zur Durchführung eines Emissionshandelssystems zum Erreichen dieses Ziels unterzeichnet haben. Im Rahmen des *RGGI*-Systems werden Emissionsrechte versteigert, um einen Wandel im Verbrauch und Investitionen zu fördern. Trotz der noch niedrigen Preise (um die 4 US-Dollar, ca. €2,67) gibt es bereits Anzeichen für einen Wandel, beispielsweise hat die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich Energieeffizienzverbesserung von Wohnungen zugenommen.⁷

Zwei weitere größere Initiativen, die „*Western Climate Initiative*“ (*WCI*) und der „*Midwestern GHG Reduction Accord*“⁸, befinden sich noch in der Anfangsphase. Die *WCI* soll im Januar 2012 offiziell gestartet werden, während es für den „*Midwestern Accord*“ noch keine endgültigen Fristen gibt. Genau wie die *RGGI*-Initiative sehen sie ein Emissionshandelssystem zwischen den US-amerikanischen Bundesstaaten und kanadischen Provinzen vor.

Viele Einzelstaaten haben einfach auf eigene Faust Klimapolitiken eingeführt, am bekanntesten sind diejenigen Kaliforniens. Die dortigen

Ziele sind zwar relativ bescheiden: Geplant ist, bis zum Jahr 2020 eine Stabilisierung der Emissionen auf dem Stand von 1990 zu erreichen, was ungefähr den Zielen auf Bundesebene entspricht. Kalifornien ist jedoch der Bundesregierung damit zuvor gekommen und hat nach Meinung vieler die Klimadebatte im US-amerikanischen Kongress überhaupt erst angekurbelt.

Auch eine Reihe kanadischer Provinzen haben neben der Beteiligung an Regionalinitiativen ihre eigenen Pläne entwickelt. *British Columbia* und *Québec* haben Kohlendioxidsteuern eingeführt, *British Columbia* weitaus höhere als *Québec*. *Alberta* hat, wie bereits erwähnt, einen CO₂-Markt entwickelt. *Ontario* ist nach einem relativ langsamen Start derzeit dabei, eine Reihe von Politiken zur Emissionsbegrenzung auszuarbeiten und beabsichtigt, gemeinsam mit *Québec* als Teil eines regionalen Abkommens ein Emissionshandelssystem auf die Beine zu stellen. *Ontario* hat sowohl in der *RGGI*-Initiative, als auch beim *WCI*-Abkommen Beobachterstatus.

Was ist zu erwarten?

Wie steht es also um die Aussichten für das nächste Jahr? In Anbetracht des Niveaus der derzeitigen Zielsetzungen in den USA und Kanada besteht wenig Hoffnung auf ehrgeizige Entwicklungen auf internationaler Ebene. Die in den US-amerikanischen Gesetzentwürfen vorgeschlagenen Zielwerte für 2020 liegen unter den Zielen der EU, den jüngst von der japanischen Regierung angekündigten und denen vieler Entwicklungsländer. Länder wie Brasilien haben sich vorgenommen, ihre eigenen Emissionen stärker als in den USA und Kanada zu senken – auch wenn der Großteil des von Brasilien vorgeschlagenen Emissionsabbaus von verringerter Entwaldung herrührt.⁹

Immerhin ist das Grunddesign des Regulierungsmechanismus in den USA mit demjenigen der EU und anderer Länder vereinbar. Darüber hinaus wird Kanada dem Kurs der USA folgen, wenn dieser erst einmal genau feststeht. Im Vorfeld von Kopenhagen haben die US-amerikanischen Unterhändler nachdrücklich

auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine neue Form für ein multilaterales Abkommen zu finden, das sich nicht auf Kyoto stützt. Viel davon ist allerdings für die US-amerikanische Öffentlichkeit bestimmt, die sicher sein will, dass das Land multilateralen Vereinbarungen nur aus einer Führungsposition heraus zustimmt. Das, was die US-amerikanischen Unterhändler vorschlagen – ein System von Zielen, zu denen man sich verpflichtet, die jedoch in regelmäßigen Abständen neu überprüft werden müssen (*“pledge and review”*-Ziele) sowie Flexibilitätsmechanismen – ist ziemlich genau das, was im Kyoto-Protokoll steht. Dies kann nicht verwundern, wurde doch Kyoto so konzipiert, dass es im Großen und Ganzen US-amerikanischen Interessen gerecht werden sollte.

In Kopenhagen werden die Unterhändler anderer Länder möglicherweise vor der Wahl stehen, ein schwaches Abkommen mit den USA oder aber ein starkes ohne die USA zu verabschieden. Das Problem besteht nicht zuletzt darin, dass es die US-amerikanische politische Dynamik erfordert, dass die USA bei der Gestaltung des Abkommens eine Führungsrolle übernehmen.¹⁰ Dies könnte eher zum Stolperstein werden als die genauen Emissionshöchstgrenzen, bei denen alle möglichen Mischlösungen und Kompromisse vorstellbar sind. Viel wird davon abhängen, ob die US-amerikanischen Unterhändler ausreichende Rückendeckung vom US-Kongress erhalten werden, um bei den UN-Verhandlungen etwas vorschlagen zu können, das Aussichten darauf hat, vom US-amerikanischen Senat ratifiziert zu werden und für andere Länder akzeptabel ist. Derzeit liegen die Chancen dafür nur bei 50%.

Washington, DC – 15. Dezember 2009

Die hier dargestellte Position des Autors spiegelt nicht zwangsläufig die Position der FES wider.

¹ Matthew Paterson ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Ottawa, Kanada. Sein nächstes, gemeinsam mit Peter Newell geschriebenes Buch mit dem Titel *Climate Capitalism: Global Warming and the*

Transformation of the Global Economy wird Anfang 2010 bei Cambridge University Press erscheinen. Der Autor dankt Robert MacNeil für seine Unterstützung bei der Recherche zu diesem Bericht.

- ² Zum Thema der Obstruktionsmethoden im Senat und Industrie-Lobbys siehe Noreen Nielsen, “*The Audacity of Nope: The GOP Obstructs the Clean Energy Bill*”, *Climate Progress*, 4. November, 2009, unter: <http://climateprogress.org/2009/11/04/party-of-no-gop%E2%80%99s-delay-obstruction-of-clean-energy-climatebill/>.
- ³ “Sen. Baucus (D-MT): ‘There’s no doubt that this Congress is going to pass climate change legislation’,” *Climate Progress*, 6. November 2009, unter: <http://climateprogress.org/2009/11/06/baucus-congress-is-going-to-pass-climate-bill/>
- ⁴ Environment Canada, *National Inventory Report: Greenhouse Gas Sources and Sinks in Canada 1990-2007, Submission to the United Nations Framework Convention on Climate Change*. Gatineau QC: Environment Canada, 2009.
- ⁵ Environment Canada, *Turning the Corner: Regulatory Framework for Industrial Greenhouse Gas Emissions*, zuletzt geändert im August 2008, unter: http://www.ec.gc.ca/doc/virage-corner/2008-03/541_eng.htm.
- ⁶ Barry Rabe, *Statehouse and Greenhouse*. Washington, DC, Brookings Institute Press: 2004; Henrik Selin and Stacy D. VanDeveer (eds), *Changing Climates in North American Politics Institutions, Policymaking, and Multilevel Governance*. Cambridge MA: MIT Press, 2009.
- ⁷ Siehe beispielsweise Doug Struck, “*Cap-and-Trade Program Creates Green Jobs*”, *Scientific American*, 23. April 2009. Online unter: <http://www.scientificamerican.com/article.cfm?id=cap-and-trade-creates-jobs>. Siehe auch RGGI’s Webseite: <http://www.rggi.org>
- ⁸ Siehe die jeweiligen Webseiten: <http://www.westernclimateinitiative.org/>, und <http://www.midwesternaccord.org/index.html>.
- ⁹ Tom Phillips, “Brazil pledges deep emission cuts in ‘political gesture’ to rich nations,” *The Guardian*, 10. November, 2009. Online-Ausgabe, unter: <http://www.guardian.co.uk/environment/2009/nov/10/brazil-emissions>.